

Guter Grund als Vorbild für die Gründung von SoLaWis in Bremen – ein Bericht von Leon Kallus

Solidarische Landwirtschaft

Die Existenz von Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, hängt von Subventionen und Markt- bzw. Weltmarktpreisen ab. Beide Faktoren zwingen die Menschen, über ihre persönliche Belastungsgrenze sowie die von Boden und Tieren zu gehen, und sind kaum zu beeinflussen. Auch der ökologische Landbau ist von diesem Mechanismus nicht ausgenommen (vgl. Netzwerk Solidarische Landwirtschaft 2021).

Bei Solidarischer Landwirtschaft (SoLaWi) werden die Lebensmittel nicht mehr über den Markt vertrieben, sondern fließen in einen eigenen, durchschaubaren Wirtschaftskreislauf, der von den Verbraucher*innen mit organisiert und finanziert wird. In der SoLaWi wird nicht nur das einzelne Lebensmittel, sondern die ganze Landwirtschaft finanziert. Dies steht im Konflikt mit dem global vernetzten Supermarkt. SoLaWi fördert und erhält eine bäuerliche und vielfältige Landwirtschaft und stellt regionale Lebensmittel lokal zur Verfügung. Solidarische Landwirtschaft ist eine innovative Strategie für eine lebendige, verantwortungsvolle Landwirtschaft, die gleichzeitig die Existenz der Menschen, die dort arbeiten, sicherstellt und einen essenziellen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leistet (vgl. Netzwerk Solidarische Landwirtschaft 2021).

Konkret handelt es sich um einen Zusammenschluss von landwirtschaftlichen Betrieben oder Gärtnereien mit einer Gruppe privater Haushalte. Erzeuger*innen und Verbraucher*innen bilden eine Wirtschaftsgemeinschaft, welche auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt ist und die Umwelt berücksichtigt. Auf Grundlage der geschätzten Jahreskosten der landwirtschaftlichen Erzeugung verpflichtet sich diese Gruppe, jährlich im Voraus einen festgesetzten (meist monatlichen) Betrag an den SoLaWi-Betrieb zu zahlen. Hierdurch wird Erzeuger*innen ermöglicht, sich unabhängig von Marktzwängen einer guten landwirtschaftlichen Praxis zu widmen, den Boden fruchtbar zu erhalten und bedürfnisorientiert zu wirtschaften. Die Abnehmenden erhalten im Gegenzug die gesamte Ernte sowie weiterverarbeitete Erzeugnisse. Wesentlich ist also, dass eine Gruppe die Abnahme der Erzeugnisse garantiert und die Ernte bzw. alles, was notwendig ist, um diese zu erzeugen, vorfinanziert. Alle teilen sich die damit verbundene Verantwortung, das Risiko, die Kosten und die Ernte (vgl. Netzwerk Solidarische Landwirtschaft 2021). Weniger der kompetitive, als der solidarische Gedanke steht im Zentrum.

Die Vorteile für die Verbraucher*innen sind Transparenz bezüglich der Kosten und des Anbaus der Nahrungsmittel, Förderung regionaler Nachhaltigkeit, Aufbau lokaler ökonomischer Strukturen und Bildung über nachhaltiges Wirtschaften und Lebensmittelerzeugung.

Die Erzeuger*innen erhalten Planungssicherheit, ein gesichertes Einkommen, einen größeren Gestaltungsspielraum (z.B. experimentelle Anbauformen, Förderung der Bodenfruchtbarkeit, tiergerechtere Haltung, Anbau samenfester Sorten) und bessere Arbeitsstrukturen als branchenüblich mithilfe der Unterstützung durch eine Gemeinschaft (vgl. Netzwerk Solidarische Landwirtschaft 2021).

Best Practise: SoLaWi Guter Grund - Frankfurt am Main/Wölfersheim

Ein erfolgreiches Vorbild funktionierender SoLaWi ist die bio-vegane SoLaWi Guter Grund e.V.

Die Gruppe wurde 2016 gegründet und bewirtschaftet neben einem Kleingartengrundstück in Frankfurt ebenfalls Land in Wölfersheim in Kooperation mit einem Bio-Betrieb. Bereits im ersten Jahr (erste Ernte 2020) konnten sich 67 Anteilseigner*innen meist wöchentlich aus einem von 7 Depots in Wölfersheim, Frankfurt und Offenbach ihr frisches saisonales Gemüse abholen. Ab 2021 soll die SoLaWi auf ca. 100 Mitglieder*innen wachsen (vgl. Guter Grund). Die Teilnehmenden sind zwischen 20 und 60 Jahre alt sind und zählen viele Familien. Die Produkte werden bio-vegan angebaut und bleiben regional, so der Vorstandsmitglied Wolfgang Kring im Hintergrundgespräch. Die SoLaWi biete als großen Mehrwert, einen direkten Bezug zur Herstellung der selbst verzehrten Lebensmittel. Der persönliche Bezug mache die gegenseitige Verantwortung bewusst. Die Verbraucher*innen erleben, wie ihre Ernährungsentscheidung die Kulturlandschaft gestaltet, soziales Miteinander, Naturschutz und (Arten-)Vielfalt ermöglicht und so eine zukunftsfähige Landwirtschaft stattfinden kann. Das Bewusstsein über gesunde Ernährung und nachhaltiges Wirtschaften, sei essentiell für die den Erfolg der SoLaWi, so Kring. Da die Themen Lebensmittelherstellung und -vertrieb im öffentlichen Diskurs jedoch unterrepräsentiert seien, stehen die SoLaWis vor der Herausforderung, sich neben Supermarktkonzernen zu behaupten. Diese werden laut Kring meist von industrieller Landwirtschaft beliefert, welche aufgrund der derzeitigen Verteilungsbedingungen von Agrarsubventionen deutlich mehr Förderung erhalten, zumal sie ohnehin „kartellartig“ organisiert seien, was sie wettbewerbsrechtlich unverhältnismäßig stark mache. Kring betont jedoch auch, dass SoLaWis nicht in direkter Konkurrenz zum Supermarkt stehen. Für bestimmte Produkte z.B. Kaffee sind globale Waren- und Transportströme sinnvoll. Die SoLaWis stellen eine nachhaltige Alternative für Lebensmittel dar, die lokal produziert und auch lokal vertrieben werden können. Hilfreich wäre es, wenn regionale und klimaschonende Produktions- und Verteilungsmethoden politisch und auch von den Supermärkten im Sinne eines qualitativen Wachstums in den Fokus genommen würden, statt an der nicht mehr zeitgemäßen Strategie des Preisdumping auf Kosten der Umwelt festzuhalten. Ziel sei es, Deutschland flächendeckend mit SoLaWis auszustatten, um diese regionalen Vorteile optimal nutzen zu können.

Um nachhaltiger Landwirtschaft, im menschlichen, umwelttechnischen und wirtschaftlichen Sinn, einen Aufschwung zu geben wäre es hilfreich, regional vertriebene Bioprodukte von der Umsatzsteuer zu befreien. Umgekehrt sei von der Politik gewünscht transparent die Folgekosten konventioneller Produktion und globaler Verteilung in Bezug auf Umwelt- und Klimabelastung darzulegen und mit einzupreisen. Dann werde schnell erkennbar, dass regional, biologisch erzeugte und verteilte Lebensmittel in der Gesamtbetrachtung nicht nur gesünder sondern auch billiger sind. Außerdem könnte die Politik unterstützend eingreifen, indem öffentliche Einrichtungen, z.B. Schulen, Heime oder Schwimmbäder, ihre Lebensmittel von den lokalen SoLaWis beziehen würden, schlägt Kring vor.

Dem Aufbau ihrer SoLaWi habe das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V. sehr geholfen, durch das sie im Austausch mit vielen anderen SoLaWis sind, mit denen sie Erfahrungen teilen können. Ebenso ist die Expertise von Gärtner*innen ein Erfolgsfaktor, wie sich im Hintergrundgespräch zeigte, an dem auch Monika Brenninger, ebenfalls Vorstandsmitglied

und Gärtnerin der SoLaWi, teilnahm. Sie betont, dass für die Verbreitung der SoLaWis von großer Wichtigkeit sei, die Bildungsangebote insbesondere für die nachfolgenden Generationen zu erweitern, um das öffentliche Bewusstsein zu stärken (vgl. Hintergrundgespräch Brenninger/Kring 05.02.2021).

Das Modell der Solidarischen Landwirtschaft zeigt eine nachhaltige Alternative zu industrieller Landwirtschaft und der kommerzialisierten Lebensmittelherstellung. Trotz struktureller Herausforderungen, unter anderem durch die institutionellen Rahmenbedingungen, ist es gesellschaftlichen Akteur*innen gelungen SoLaWis zu etablieren. Dies zeigt das Beispiel der SoLaWi Guter Grund aus Frankfurt am Main. Die Idee der SoLaWi ist keine Neuheit. Genaugenommen ist sie sogar ein Rückschritt zu Zeiten in denen die die logistische Technik noch nicht für eine nationale oder gar globale Verteilung der Lebensmittel sorgen konnte. Trotz der nun vorhanden Technik, stellt die Idee der SoLaWi aufgrund des Energieaufwandes und Verteilungsungerechtigkeiten sowie klimatischen Herausforderungen eine notwendige Lösung dar.

Die klimatischen Folgen industrieller Landwirtschaft sind der Branche und der Politik bereits seit mehreren Jahrzehnten bekannt. Sicherlich wurden beispielsweise mit der rechtlichen Regelung zur Dosierung von Düngemitteln im Düngegesetz (DüG) und der Düngemittelverordnung (DüMV) bereits wichtige Schritte unternommen, um den rechtlichen Rahmen an die globalen Herausforderungen anzupassen. Das Beispiel der SoLaWi zeigt, welche Wichtigkeit der Zivilgesellschaft zukommt, wenn es darum geht, Veränderungen anzustoßen und umzusetzen.

1 Die aktuelle Verteilung von Agrarsubventionen richtet sich nach Fläche und Größe des Betriebs (vgl. Nabu). Somit hemmt die Verteilung die Subventionierung regional organisierter SoLaWis.

Dieser Bericht wurde von Leon Kallus als Seminararbeit im Fach "Praxis der Politik - Klima- und Nachhaltigkeitspolitik" im „Internationalen Studiengang Politikmanagement“ der Universität Bremen erstellt. Angedacht ist in diesem Rahmen verschiedene Berichte zusammenzustellen und der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ vorzulegen.